

## Jahresbericht Petitionsausschuss 2013

### 16 abgeschlossene Petitionen im ersten Jahr

Wien (OTS) - Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen (Petitionsausschuss) hat sich im März 2013 konstituiert. Dem Wiener Gemeinderat wurde am heutigen Freitag der Bericht für das Jahr 2013 vorgelegt. Im Berichtszeitraum wurden 49 Petitionen eingebracht, 26 davon in Papierform, 23 online auf der Petitionsplattform [www.petitionen.wien.at](http://www.petitionen.wien.at). 22 Petitionen haben im Jahr 2013 die erforderlichen 500 Unterschriften erreicht und davon konnten 16 Petitionen abgeschlossen werden. Die durchschnittliche Behandlungsdauer von der Einbringung zum Abschluss der Petitionen betrug 6,3 Monate.

Der Ausschuss hatte die Möglichkeit, Stellungnahmen von zuständigen Organen einzuholen, die/den EinbringerIn einzuladen, eine Empfehlung zur weiteren Vorgehensweise an das zuständige Organ beschließen, oder von einer weiteren Behandlung Abstand zu nehmen. Insgesamt wurden 47 Stellungnahmen eingeholt und dadurch BürgerInnen mit den zuständigen Stellen im Wiener Magistrat verbunden, bzw. die zuständigen Organe über die Umstände des Petitionsanliegens informiert. Von den 16 abgeschlossenen Petitionen wurden vier wegen Unzulässigkeit nicht in Behandlung genommen, zwei mit einer Empfehlung an das zuständige Organ und zehn Petitionen ohne Empfehlung abgeschlossen. Auch die EinbringerInnen kamen zu Wort: Drei Petitionseinbringer wurden in die Sitzung des Ausschusses eingeladen. Die Behandlung von sechs weiteren Petitionen wurde im Jahr 2014 fortgesetzt. Am meisten betrafen die Petitionen die Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, gefolgt von den Bezirken und der Geschäftsgruppe Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung.

### Rechtliche Grundlage

Petitionen werden ab 500 UnterstützerInnen im Ausschuss behandelt. Ca. 1.490.000 WienerInnen, die ihr 16. Lebensalter vollendet und in Wien ihren Hauptwohnsitz gemeldet haben, unabhängig von der Staatsbürgerschaft, sind dazu berechtigt, Petitionen einzubringen und zu unterstützen. Damit wird möglichst vielen Wienerinnen und Wienern der Zugang zu dieser Partizipationsform ermöglicht. Petitionen können online unter [www.petitionen.wien.at](http://www.petitionen.wien.at) eingebracht werden. Dazu wird eine Bürgerkarte (Handysignatur oder freigeschaltene e-card) benötigt. Auch die Einreichung in Papierform ist bei der Magistratsabteilung 62 (Wahlen und verschiedene Rechtsangelegenheiten) entweder per Post oder persönlich in der Zentrale in der Lerchenfelderstraße 4, 1080 Wien, möglich. In Papierform eingereichte Petitionen können auch online, elektronisch eingebrachte auch in Papierform unterstützt werden.

### Aufgaben des Petitionsausschusses

Nach der Einbringung folgt eine formale Überprüfung der Petitionen durch die zuständige Magistratsabteilung 26. Das Anliegen muss von einer natürlichen Person eingebracht werden und die Wiener Landes- oder Gemeindeebene betreffen. 500 petitionsberechtigte Personen müssen unter Angabe der erforderlichen persönlichen Daten ihre Unterstützung mit einer Unterschrift in Papierform oder online kundtun, danach wird das Anliegen im Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen (Petitionsausschuss) behandelt. Die EinbringerInnen erhalten in jedem Fall eine schriftliche Beantwortung nach Abschluss der Behandlung. Außerdem wird jährlich im Gemeinderat und Landtag über die Behandlungen im Petitionsausschuss berichtet. (Schluss) grs

### PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien



Zur Pressemappe

### Rückfragehinweis:

Mag.a Stefanie Grubich  
Mediensprecherin Stadträtin Sandra Frauenberger  
Tel.: +43 1 4000 81853  
[stefanie.grubich@wien.gv.at](mailto:stefanie.grubich@wien.gv.at)  
[www.sandra-frauenberger.at](http://www.sandra-frauenberger.at)

**Aussendungen** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien abonnieren:

als RSS-Feed per Mail

### Geokoordinaten:



Links aus dieser Aussendung

Mehr von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

### Errechnete Tags:

- Petitionsausschuss
- Petitionen
- Gemeinderatsausschuss
- Papierform

## 53. Wiener Gemeinderat (5)

### Hauptdebatte: Finanzmittel an die Wirtschaftsagentur Wien zur Neugestaltung des Vorplatzes Forum Donaustadt

Wien (OTS) - GR Mag. Gerald Ebinger (FPÖ) brachte das Thema Hochwasser in den östlichen Nachbarländern ein. Er sei stolz, dass der Antrag zur Soforthilfe von allen vier Parteien unterstützt werde. Über 2.000 Häuser seien weggeschwemmt worden, Existenzen seien gefährdet, daher sei es ihm ein großes Anliegen zu helfen.

GRin Anica Matzka-Dojder (SPÖ) begrüßte ebenso den gemeinsamen Resolutionsantrag. Die Soforthilfe von 400.000 Euro durch die Stadtregierung sei positiv zu bewerten.

Das Poststück wurde mehrstimmig, der Antrag betreffend der Soforthilfemaßnahmen einstimmig angenommen.

#### Fortführung des Wien-Büros in Tokio

Für GRin Mag.a Dr.in Barbara Kappel (FPÖ) sei die Fortführung des Wien-Büros in Tokio aus strategischer Sicht nicht nötig. Die Wien-Nächtigungszahlen bei JapanInnen wären rückgängig. Besser sei es, einen Standort in den Hoffnungsmärkten China oder Korea einzurichten.

Das Poststück fand die ausreichende Mehrheit.

#### Bericht über die Behandlung der im Jahr 2013 eingebrachten Petitionen

GRin Mag.a Karin Holdhaus (ÖVP) zeigte sich erfreut, dass erstmalig ein Jahresbericht über Petitionen vorläge. Seit 17 Monaten dürfen alle WienerInnen Petitionen einbringen, sprich Wünsche und Vorschläge an die Stadtregierung richten. Insgesamt wurden 49 Petitionen eingebracht, 22 davon erhielten die nötigen 500 Unterschriften, um behandelt zu werden. Das sei aus ihrer Sicht ein guter Schritt, sie hoffe allerdings auf noch mehr Petitionsanträge.

GRin Dr.in Jennifer Kickert (Grüne) hielt fest, dass von den 22 Petitionen, die Dank der 500 Unterschriften behandelt wurden, 16 abgeschlossen werden konnten. Sechs davon wurden im Sinne der PetitionswerberInnen positiv erledigt. Weiteres hielt sie fest, dass das Petitionsrecht kein Instrument sei, um vermutete Rechtswidrigkeiten aufzuzeigen. Ebenso keine Prüfinstanz und kein Instrument der direkten Demokratie. Vielmehr biete es die Möglichkeit für alle WienerInnen Kritik, Wünsche und Ideen gegenüber der Regierung einzubringen.

(Forts.) mak/fis

### PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien



Zur [Pressemappe](#)

#### Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz  
 Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)  
 Stadredaktion,  
 Diensthabende/r Redakteur/in  
 Tel.: 01 4000-81081  
[www.wien.gv.at/rk](http://www.wien.gv.at/rk)

**Aussendungen** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien abonnieren:

als RSS-Feed per Mail

#### Geokoordinaten:



**Mehr** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

#### Errechnete Tags:

- Soforthilfe
- GRin
- Poststück
- Talko
- Petitionen

Alle Aussendungen

Politik

Wirtschaft

Finanzen

Chronik

Kultur

Medien

Inhalte: [Alle](#) [Meistgelesen](#) [Bilder](#) [Video](#) [Audio](#) [PDF](#) [Termine](#) [Personen](#) <sup>neu</sup> [Studien](#)

[Twittern](#) 2
 [g+](#) 0
 [Empfehlen](#)
[Teilen](#) 0

[DRUCKEN](#)
[MAILEN](#)
[MAILAD](#)
[ALS PDF](#)
[ALS TEXT](#)

Stichworte: [Gemeinderat](#), [Kommunales](#), [Politik](#), [Wien](#) Channel: [Politik](#)

OTS0267 23. Mai 2014, 15:31

## 53. Wiener Gemeinderat (6)

### Bericht über die Behandlung der im Jahr 2013 eingebrachten Petitionen

Wien (OTS) - GR Mag. Dr. [Alfred Wansch](#) (FPÖ) rechnete vor, dass im Jahr 2013 in vier Ausschusssitzungen 26 Petitionen behandelt worden seien. Das entspreche einer Zeit von 18 Minuten pro Petition. Dem gegenüber stünden monatelange Bemühungen der PetitionswerberInnen. Kritik äußerte er auch an der Nicht-Öffentlichkeit der Ausschusssitzungen. Daran werde auch die geplante Gesetzesnovelle nichts ändern. Wansch forderte "verbindliche Volksabstimmungen statt Pseudobefragungen".

GR [Georg Niedermühlbichler](#) (SPÖ) sagte: Legitime Oppositionspolitik dürfe nicht dazu führen, dass das Petitionsrecht und vor allem die PetitionswerberInnen für "politisches Kleingeld" missbraucht würden. Er bekräftigte, dass sich die SPÖ im Gegensatz zu den Freiheitlichen intensiv mit den Inhalten der eingebrachten Petitionen beschäftige. Viele sinnvolle Petitionen seien in Umsetzung oder bereits umgesetzt. Politik heiße zu gestalten, sagte Niedermühlbichler, und am Ende käme es immer zu einer Entscheidung - natürlich könnten nicht alle Beteiligten dieselbe Meinung teilen. Die FPÖ solle damit aufhören vorzugeben, es allen Recht machen zu können.

GR MAS [Manfred Hofbauer](#) (FPÖ) thematisierte die geplante Novelle des Petitionsrechts und brachte eigene Forderungen ein. So wünschten die Freiheitlichen etwa verbindliche Einladungen der PetitionswerberInnen zu den Ausschusssitzungen, um dort vorsprechen zu können. Auch wolle er einen regelmäßigen "Petitionsbericht" der zuständigen Stadträtin in jeder künftigen Gemeinderatssitzung.

GR [Anton Mahdalik](#) (FPÖ) sagte: Das Petitionsgesetz halte BürgerInnen nur hin, ihre legitimen Forderungen würden "wegadministriert". Mit dem geltenden Petitionsrecht nehme Rot-Grün der Bevölkerung die Möglichkeit, tatsächlich mitzuwirken.

GR Mag. [Wolfgang Jung](#) (FPÖ) zeigte sich unglücklich über den Ausdruck "Petition". Dieser erinnere ihn an die "Unterwürfigkeit der Kaiserzeit" - seitdem habe sich offensichtlich nicht viel geändert. Jung brachte Beispiele aus seinem Heimatbezirk Liesing: So sei eine Petition gegen die Straßenprostitution auf der Brunner Straße abgelehnt worden.

(Forts.) esl/fis

### PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien



[Zur Pressemappe](#)

### Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz  
 Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)  
 Stadredaktion,  
 Diensthabende/r Redakteur/in  
 Tel.: 01 4000-81081  
[www.wien.gv.at/rk](http://www.wien.gv.at/rk)

**Aussendungen** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien abonnieren:

[als RSS-Feed](#)
[per Mail](#)

### Geokoordinaten:



[Mehr](#) von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

### Errechnete Tags:

[Petitionen](#)
[Ausschusssitzungen](#)

## 53. Wiener Gemeinderat (7)

### Bericht über die Behandlung der im Jahr 2013 eingebrachten Petitionen

Wien (OTS/RK) - GR Ing. [Udo Guggenbichler](#) (FPÖ) kritisierte, dass das Semmelweis-Areal vor zwei Jahren verkauft wurde. Die Bevölkerung hätte lediglich bei Themen wie Begrünung mitsprechen dürfen. Die gesammelten 2.500 Unterschriften von BürgerInnen seien "verkauft" worden, um Luxuswohnungen zu erbauen.

GR Dr.in [Jennifer Kickert](#) (Grüne) versicherte das "ständige Bemühen", BürgerInnennähe zu garantieren. Sie widersprach dem Vorwurf, dass PetitionswerberInnen keine Rückmeldung bekämen. Es herrsche ein intensiver Schriftverkehr, dieser liege auch den FPÖ-Abgeordneten vor.

GR Mag. Dr. [Alfred Wansch](#) (FPÖ) behauptete, Rot-Grün "würge" unangenehme Anliegen ab. Auch die BürgerInneninitiative im Falle des Semmelweis-Areals sei ignoriert worden.

GR [Gerhard Haslinger](#) (FPÖ) bezog sich auf die Petition "Öffnung des Mauerwegs". Die Petition für die Wegfreigabe des Fußweges sei abgehandelt worden, als gehe "es um eine Autobahn".

GR [Wolfgang Seidl](#) (FPÖ) sagte hinsichtlich Petitionsrecht: Die Stadtregierung werde diesem Mittel der direkten Demokratie nicht gerecht. Für Seidl sei es "selbstverständlich", Petitionen im Ausschuss zu diskutieren, nur so könnten diese ernst genommen werden. Hingegen schafften es "nur wenige" Petitionen in den Ausschuss - nämlich jene, "die Rot-Grün recht sind".

GR [Dominik Nepp](#) (FPÖ) wiederum führte die Petition "Grinzing als Weltkulturerbe" an und kritisierte Planungsstadträtin Mag.a [Maria Yassilakou](#) (Grüne). Für sie sei Grinzing nicht schützenswert.

GR [Georg Niedermühlbichler](#) (SPÖ) versicherte, dass alle Petitionen ernst genommen und wertfrei behandelt würden. Das Petitionsrecht und auch der Petitionsausschuss hätten sich seit Einführung bewährt. Der Umgang mit PetitionsbewerberInnen sei ehrlich; zukünftig würden die Abläufe noch transparenter sein.

GR Mag.a [Sonja Ramskogler](#) (SPÖ) betonte: Im Ausschuss sei die Zusammenarbeit aller Parteien konstruktiv. Den BürgerInnen bliebe das Petitionsrecht als eines der wenigen Instrumente, sich direkt gestalterisch an die Politik zu wenden. Sie sei offen für konstruktive Kritik, sei sie sich doch bewusst: "Der Ausschuss ist noch neu."

Abstimmung: Der Bericht wurde einstimmig angenommen.

### PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien



[Zur Pressemappe](#)

#### Rückfragehinweis:

PID-Rathauskorrespondenz  
 Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)  
 Stadtreaktion,  
 Dienstabende/r Redakteur/in  
 Tel.: 01 4000-81081  
[www.wien.gv.at/rk](http://www.wien.gv.at/rk)

**Aussendungen** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien abonnieren:

[als RSS-Feed](#)
[per Mail](#)

#### Geokoordinaten:



**Mehr** von PID Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien

#### Errechnete Tags:

- [Petitionen](#)
- [FPÖ](#)
- [Semmelweis](#)
- [Petitionsrecht](#)
- [Grinzing](#)

Alle Aussendungen

Politik

Wirtschaft

Finanzen

Chronik

Kultur

Medien

Inhalte: [Alle](#) [Meistgelesen](#) [Bilder](#) [Video](#) [Audio](#) [PDF](#) [Termine](#) [Personen](#) <sup>neu</sup> [Studien](#)

[Twittern](#) 2
[g+](#) 0
[Empfehlen](#)
[Teilen](#) 0

[DRUCKEN](#)
[MAILEN](#)
[MAILBOX](#)
[ALS PDF](#)
[ALS TEXT](#)

Stichworte: [Holdhaus](#), [Kommunales](#), [Petitionsausschuss](#), [Wien](#), [ÖVP Channel](#): [Politik](#)

OTS0273 23. Mai 2014, 15:52

## VP-Holdhaus ad Petitionsausschuss: Konstruktive Kritik als Schlechtmacherei abzutun ist auch keine Lösung

**Petitionsrecht und Transparenz wichtig für Bürgernähe und Demokratie**

Wien (OTS) - "Konstruktive Kritik als Schlechtmacherei abzutun ist auch keine Lösung. Die Aussagen der Gemeinderätinnen Ramskogler und Kickert anlässlich der Diskussion rund um das Petitionsrecht im heutigen Gemeinderat, zeigen leider einmal mehr, dass Rot-Grün Anliegen der Wiener und Kritik der Opposition als Majestätsbeleidigung ansieht und das Interesse an verstärkter direkter Demokratie nur bedingt vorhanden ist", so ÖVP Wien Gemeinderätin [Karin Holdhaus](#) in der heutigen Debatte zum ersten Bericht über den Petitionsausschuss, den die Wiener schon seit vielen Jahren verdient hätten.

"Vor eineinhalb Jahren hat der Wiener Landtag endlich das Petitionsrecht, für das sich die ÖVP Wien seit Jahren mit Vehemenz eingesetzt hat, beschlossen. Ein wichtiger Schritt für mehr Bürgernähe und Demokratie", so Holdhaus weiter.

"Rot-Grün sollte die Petitionen aber nicht als Kritik bzw. als Angriff auffassen, sondern als einen konstruktiven Beitrag um das Leben in unserer Stadt zu verbessern und Misstände zu beseitigen. Der Bürger darf nicht als Bittsteller gesehen werden, sondern als ebenbürtiger Partner in einer funktionierenden Demokratie. Die große Anzahl an eingebrachten Petitionen zeigt die Notwendigkeit dieser Einrichtung und das große Bedürfnis für dieses demokratiepolitische Instrument in der Wiener Bevölkerung", so Holdhaus weiter.

"Die bevorstehende Novelle zeigt aber auch, dass die Verantwortlichen aller Parteien durchaus bemüht sind einen konstruktiven Dialog zu führen und das Petitionsrecht weiterentwickeln zu wollen. Im Sinne der Wienerinnen und Wiener muss dieses Instrument transparenter und bürgernäher werden", so Holdhaus abschließend.

### ÖVP Rathausklub

[Zur Pressemappe](#)

### Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien  
Tel.: (+43-1) 4000 /81 913  
mailto: [presse.klub@oevp-wien.at](mailto:presse.klub@oevp-wien.at)

**Aussendungen** von ÖVP Rathausklub abonnieren:

[als RSS-Feed](#)
[per Mail](#)

### Geokoordinaten:



[Mehr](#) von ÖVP Rathausklub

### Errechnete Tags:

- [Holdhaus](#)
- [Schlechtmacherei](#)
- [Petitionsrecht](#)
- [Bürgernähe](#)
- [Majestätsbeleidigung](#)

Alle Aussendungen

Politik

Wirtschaft

Finanzen

Chronik

Kultur

Medien

Inhalte: [Alle](#) [Meistgelesen](#) [Bilder](#) [Video](#) [Audio](#) [PDF](#) [Termine](#) [Personen](#) <sup>neu</sup> [Studien](#)

[Twittern](#) 2 8+1 0

[DRUCKEN](#) [MAILEN](#) [MAILABE](#) [ALS PDF](#) [ALS TEXT](#)

Stichworte: [Gemeinderat](#), [Klub](#), [Kömmunalas](#), [Niedermühlbichler](#), [Petitionen](#), [SPÖ](#), [Wien](#)

OTS0256 23. Mai 2014, 15:16

Channel: Politik

## Wr. Gemeinderat - SP-Niedermühlbichler: FP gaukelt PetitionswerberInnen Solidarität vor

Wien (OTS/SPW-K) - "Dass sie das Petitionsrecht schlecht reden ist eine Sache, dass sie das Petitionsrecht für sich ausnutzen wollen eine andere", so SP-Gemeinderat [Georg Niedermühlbichler](#) in Richtung FP. Es gibt aber eine Grenze: "spätestens, wenn man PetitionswerberInnen für sich missbraucht spielen wir nicht mit!"

FP-Gemeinderat Wansch hat in seiner Rede viele Zahlen erwähnt. "Kein Wunder, wenn man keine andere Inhalte vorzubringen hat", so Niedermühlbichler. "Den Vorwurf, dass viele Petitionen einfach abgeschmettert wurden, ist schlicht falsch. Der Ausschuss hat sich sehr wohl mit jeder einzelnen Petition ausführlich befasst. Doch wissen Sie, Herr Wansch, was die Krönung ist? Der Werber der Petition 'Keine weiteren Hochhäuser in Kaisermühlen' wurde vom Ausschuss eingeladen, weshalb wir uns mit Fragen vorbereiten wollten. Die einzige Partei, die keine Inputs lieferte war - raten sie - die FPÖ!", kommentiert der SP-Gemeinderat die offensichtliche Scheinheiligkeit. "Sie wollen den PetitionswerberInnen vorgaukeln, auf ihrer Seite zu stehen. In Wahrheit sind sie genau das aber nicht!"

### SPÖ Wien Rathausklub



[Zur Pressemappe](#)

### Rückfragehinweis:

SPÖ-Klub Rathaus  
Tom Woitsch  
Kommunikation  
Tel.: (01) 4000-81 923 oder 0676 8118 81 923

[tom.woitsch@spw.at](mailto:tom.woitsch@spw.at)  
[www.rathausklub.spoe.at](http://www.rathausklub.spoe.at)

**Aussendungen** von SPÖ Wien  
Rathausklub abonnieren:

als RSS-Feed per Mail

OTS-ORIGINAL TEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS.

OTS0256 2014-05-23 15:16 231516 Mai 14 DS1000E 0180

**Geokoordinaten:**

## Wr. Gemeinderat - Ramskogler (SPÖ) und Kickert (Grüne): Petitionsrecht schlecht reden ist keine Lösung!

**Positive Beispiele für gelungene Initiativen überwiegen - Pure Provokation der Opposition ist entbehrlich**

Wien (OTS/SPW-K) - "Das Petitionsrecht schlecht zu reden heißt auch gleichzeitig, ein demokratisches Grundrecht der Bürgerinnen und Bürger auszuhebeln" so Mag. [Sonja Ramskogler](#) (SPÖ), Vorsitzende des Petitionsausschusses und Dr. in [Jennifer Kickert](#) (Grüne), stellvertretende Ausschussvorsitzende. Es gibt nicht nur die Beispiele, welche die FPÖ nun aus dem Zusammenhang reißt, mit klarem Ziel, das Petitionsrecht und den Petitionsausschuss schlecht dastehen zu lassen.

Durch die Behandlung der Petition "Wiener Linien - Open Data" beispielsweise erfolgte frühzeitig die Einbeziehung der Wr. Linien in die Open Government-Initiative der Stadt Wien. Mit diesen hochwertigen Services, leisteten die Wiener Linien ihren Beitrag, den Wirtschaftsstandort Wien noch attraktiver zu gestalten den Intentionen der Petitionsunterstützer wurde damit entsprochen. Auch die Behandlung der Petition "Garagenprojekt Geblergasse" wurde eine rechtlich sehr komplexe Materie weitestgehend im Sinne der Petitionswerber erledigt: nach intensiven Besprechungen aller Beteiligten konnte ein Verzicht zum Bau der Garage erreicht werden. Auch die Petition "Free Wien-LAN Ausbau von freiem, öffentlichen W-LAN in Wien" wurde im Ausschuss behandelt, mit dem Ergebnis, dass es seitens der Stadt ein klares Bekenntnis zum weiteren Ausbau von Gratis-WLAN als primär kostenloses und barrierefreies BürgerInnenservice an strategisch wichtigen Orten und Plätzen in Wien gibt. In zahlreichen anderen Fällen wurde das Bemühen um konstruktive Lösungen zwischen den betroffenen Stellen zweifellos durch die Behandlung dieser Materie im Petitionsausschuss verstärkt.

Eines sei klar gesagt: "Der Petitionsausschuss stellt eigene Interessen nicht - auf dem Rücken der PetitionseinbringerInnen - in den Vordergrund, wie die Opposition es darstellt. Schließlich wurden zur Entscheidungsfindung allein 2013 insgesamt 47 Stellungnahmen eingeholt, drei EinbringerInnen zur näheren Erläuterung eingeladen. Eine sehr 'noble Geste' der FP sich nun auf die Seite derer zu stellen, deren Initiativen kein für sie positives Ende nahmen. Deren Enttäuschung für eigene politische Zwecke auszunutzen ist billig und entbehrliche Provokation", so Ramskogler und Kickert.

"Es ist auch nicht das Gelbe vom Ei, den Petitionsausschuss mit Schmutz zu bewerfen und als ineffizient zu bezeichnen. Zur Erinnerung: von insgesamt 49 Petitionen konnten 22 über 500 Unterstützungserklärungen vorweisen - wiederum 16 davon konnten noch 2013 abgeschlossen werden und 6 weitere werden 2014 weiterbehandelt." Konstruktive Kritik ist immer Willkommen! "Nicht aber beispielsweise eine provokante Petition zur 'Rettung eines Petitionsrechts', wenn das Petitionsrecht eigentlich vor Parteien, wie der FP gerettet werden muss", kritisieren beide Gemeinderätinnen. Petitionen sind oft eine gute Möglichkeit Themen zur Diskussion zu bringen, die man aber nicht in jedem Fall und unbedingt gegen große Mehrheit durchsetzen kann. Das Petitionsrecht wurde darüber hinaus geschaffen, damit sich Bürgerinnen und Bürger mehr einbringen können.

### SPÖ Wien Rathausklub



[Zur Pressemappe](#)

### Rückfragehinweis:

SPÖ-Klub Rathaus  
Tom Woitsch  
Kommunikation  
Tel.: (01) 4000-81 923 oder 0676 8118 81 923  
[tom.woitsch@spw.at](mailto:tom.woitsch@spw.at)  
[www.rathausklub.spoe.at](http://www.rathausklub.spoe.at)

Grüener Klub Rathaus  
Mag. Katja Svejkovsky  
Pressesprecherin  
Tel.: (01) 4000/81814 oder 0664 22 17 262  
[katja.svejkovsky@gruene.at](mailto:katja.svejkovsky@gruene.at)  
<http://wien.gruene.at>

**Aussendungen** von SPÖ Wien  
Rathausklub abonnieren:

[als RSS-Feed](#)
[per Mail](#)

### Geokoordinaten:



[Mehr](#) von SPÖ Wien Rathausklub

### Errechnete Tags:

- [Ramskogler](#)
- [Kickert](#)
- [Petitionsrecht](#)
- [Petitionsausschuss](#)
- [Petition](#)

### Errechnete Personen:

- [Jennifer Kickert](#) (Politikerprofil)
- [Sonja Ramskogler](#) (Politikerprofil)